

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.01.2010

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	17:10 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Johannes Krause                      SPD                                      Vertreter: Herr Dr. Wend

#### zu 1            **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### zu 2            **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Verwaltung stellte die als

TOP 5.2 geplante Vorlage der  
Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler  
Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)

zurück, da der Jugendhilfeausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben hat -  
Wiedervorlage in der Sitzung am 16.02.2010.

Die Verwaltung bat, an dieser Stelle die

Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung

zu beraten.

Herr Bönisch sprach sich gegen die Behandlung der Vorlage aus.

Herr Wolter bat um Information über das Ergebnis der rechtlichen Prüfung des Widerspruches im Jugendhilfeausschuss.

Herr Geier betonte die Dringlichkeit und bat um Beratung der Vorlage, um den Zeitplan der Umsetzung nicht zu verzögern. Zusätzliche Fragen wurden in den Fachausschussberatungen ausführlich beantwortet. Auch in der heutigen Sitzung können Erläuterungen gegeben werden.

Abstimmung über die Aufnahme der Fördermittelvorlage in die Tagesordnung:

1 Ja-Stimme  
6 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis über die Tagesordnung:

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 8.12.2009
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14  
Vorlage: V/2009/08287
- 5.2. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08433 - **z u r ü c k g e s t e l l t**
6. Haushalt 2010
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten  
Vorlage: V/2009/08253

- 7.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Ausschreibung zum Verkauf der zwei Hochhäuser auf dem Riebeckplatz  
Vorlage: V/2009/08487
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

### **zu 3      Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 8.12.2009**

---

Herr Wolter wies darauf hin, dass die Verwaltung in der Sitzung am 08.12.2009 (siehe Seite 13 der Niederschrift) gebeten wurde, eine Darstellung der Zahlungsströme für die Kosten der Unterkunft und für die Ausgaben der Hilfen zur Erziehung inklusive der Deckungsringe zu erarbeiten und zu übergeben.

Herr Kogge führte aus, dass diese Darstellung in der Bearbeitung sei und für die nächste Sitzung zur Verfügung gestellt werde.

Herr Knöchel bezog sich auf den Passus des letzten Absatzes auf Seite 12 der Niederschrift. Herr Kogge stellte klar, dass es sich um eine Hochrechnung des I. Quartals während seiner Urlaubszeit gehandelt habe. Der Vermerk bzgl. des Schreibens wurde intern angebracht, die entsprechende Seite der Nachtragsvorlage auch vor der Beschlussfassung im Stadtrat ausgetauscht. Somit sei das Schreiben auch obsolet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 08.12.2009 wurde genehmigt.

### **zu 4      Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 8. Dezember 2009 wurde folgender abschließender Beschluss gefasst:

- zu 3.1 Antrag auf unbefristete Niederschlagung von Darlehensrückflüssen  
Vorlage: V/2009/08393

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, die Forderung in Höhe von 102.258,38 € (zuzüglich Verzugszinsen und Mahngebühren) unbefristet niederzuschlagen.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14**  
**Vorlage: V/2009/08287**

---

Herr Wöllenweber bat um eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

**Abstimmungsergebnis 1.:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis 2.:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis 3.:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale) für den Planungszeitraum Schuljahr 2009/10 bis Schuljahr 2013/14 zu.
2. a) Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ab dem Schuljahr 2010/11 folgende Aufnahmekapazitäten für die allgemeinen kommunalen Gymnasien und Gesamtschulen:

Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“	4 Klassen / 112 Schüler
J.-G.-Herder-Gymnasium	3 Klassen / 84 Schüler *

Gymnasium Südstadt	4 Klassen / 112 Schüler
Chr.-Wolff-Gymnasium	4 Klassen / 112 Schüler
IGS	5 Klassen / 140 Schüler
KGS „Ulrich von Hutten“ – Sekundarschulteil	2 Klassen / 56 Schüler
KGS „Ulrich von Hutten“ – Gymnasialteil	2 Klassen / 56 Schüler
KGS „Wilhelm von Humboldt“ – Sekundarschulteil	4 Klassen / 112 Schüler
KGS „Wilhelm von Humboldt“ – Gymnasialteil	2 Klassen / 56 Schüler

\* Die Aufnahme am J.-G.-Herder-Gymnasium erfolgt alternierend. Im geraden Jahr, beginnend ab 2010/11, werden 3 Klassen und im ungeraden Jahr, beginnend ab 2011/12, 4 Klassen aufgenommen.

- b) Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt weiterhin bei Überschreitung der Aufnahmekapazität durch die vorliegenden Anmeldungen an einem Gymnasium die Durchführung eines Auswahlverfahrens per Los.
3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2011/12 eine Bedarfs- und Auslastungsanalyse für folgende Schulen zu erstellen:
- Grundschulen in Halle-Neustadt mit der Zielstellung der Schaffung eines bestandsfähigen Grundschulnetzes bei optimierter Gebäudeauslastung
  - Grundschulen der Innenstadt mit der Zielstellung der Schaffung eines Grundschulnetzes mit max. vierzügigen Standorten
  - Die Förderschulen aller Förderschwerpunkte unter Berücksichtigung der Schülerzahlentwicklung und neuer pädagogische Konzepte des Landes und mit der Zielstellung, durch eine optimale Nutzung der vorhandenen Raumressourcen Standortentscheidungen zu treffen.

## **zu 5.2    Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)**

**Vorlage: V/2009/08433 - z u r ü c k g e s t e l l t**

---

## **zu 6        Haushalt 2010**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Geier und Herr Kogge.

Herr Geier informierte, dass den Fraktionsgeschäftsstellen ein Link gemailt wurde, dem der Pfad bis zum Zahlenwerk des Haushaltsplanentwurfes zu entnehmen sei. Außerdem wurde der Vorlage in Session dieses Zahlenwerk als externes Dokument beigefügt. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Beratungsfolge sei ein anspruchsvolles Ziel für die Beratungen in den Fachausschüssen. Für die Bürgerbeteiligung werde in diesem Jahr ein vereinfachtes Verfahren angewendet. In der Sitzung des Stadtrates werde er auf Wunsch näher darauf eingehen.

Er betonte den hohen fachlichen und administrativen Arbeitsaufwand. Aus diesem Grund seien noch nicht alle Unterlagen fristgerecht vor der Versendung fertig geworden. Die noch fehlenden Unterlagen werden bis spätestens zu Beginn der ersten Fachausschusssitzung nachgereicht.

Einige Mitglieder führten aus, dass die fehlenden Unterlagen, z. B. der Stellenplan, der Haushaltskonsolidierungsteil und der Vorbericht benötigt werden, um die komplexen Zusammenhänge erkennen zu können.

Es wurde ergänzt, dass zur Haushaltsplanberatung eine Aufstellung erwartet werde, wie sich die Personalkosten nach Unterabschnitten verändert haben. Weiterhin sei eine Aufstellung über den Mittelabfluss im Jahr 2009 wünschenswert.

Zum Jahresabschluss erläuterte Herr Geier, dass die letzten Buchungen zurzeit vorgenommen werden und das Zahlenwerk im Laufe des Februars zusammengestellt werde. Danach erfolgt die Erarbeitung des Rechenschaftsberichtes, der vor der Beratung im Stadtrat im Rechnungsprüfungs- und Finanzausschuss vorgelegt werde. Bis zum 30.04. soll das Entlastungsverfahren der Oberbürgermeisterin abgeschlossen werden.

Die geplanten Termine für die Sondersitzungen des Finanzausschusses können nur eingehalten werden, wenn zu den jeweiligen Themen die abschließenden Voten der Fachausschüsse vorliegen, da sonst eine effektive Beratung nicht möglich ist.

Der Versuch einer neuen Strukturierung der Haushaltsplanberatungen im Vorfeld gelang aufgrund zu unterschiedlicher Ansätze nicht. Ggf. könnte eine Verfahrensabstimmung nach Vorlage der kompletten Unterlagen erneut aufgerufen werden.

(17:10 Uhr - Herr Dr. Wend kam in die Sitzung.)

Als Sitzungsbeginn wurde 16:30 Uhr festgelegt.

## **zu 7      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 7.1      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten Vorlage: V/2009/08253**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Bönisch, Frau Hinz, Herr Dr. Wend, Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Misch, Herr Geier und Herr Hildebrand.

Herr Wehrich erläuterte im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag. Er hob besonders hervor, dass der Änderungsantrag nicht im Sinn der Aufrechterhaltung des bisherigen Standards gestellt wurde. Die Änderung in Punkt 5 des Beschlussvorschlages wurde aufgenommen, um herauszuheben, dass die Förderung des freien Trägers nur in den Sachkosten besteht. Es solle eine Begrenzung des städtischen Zuschusses und die finanzielle Sicherheit bezüglich der Höhe der kommunalen Förderung des späteren Betreibers erreicht werden.

Herr Hildebrand führte aus, dass in der Ausschreibung für das Objekt die Rahmenbedingungen genau definiert werden müssen, die zu erfüllen sind, um die städtischen Fördermittel zu nutzen. Bei der Abrechnung dieser müsse geprüft werden, ob diese Bedingungen erfüllt wurden.

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Behandlung des Antrages in der Stadtratssitzung zu prüfen, ob die Regelung unter

5.a Der ausgewählte freie Träger erhält das Gelände mit dem Haustier- und Gartenbereich sowie die Gebäude kostenlos bzw. für einen geringen symbolischen Betrag zur langfristigen Pacht. ...

in der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt Halle (Saale) rechtlich umsetzbar sei.

Zum Kooperationsvertrag mit dem Land zur Ökoschule wurde auf Nachfrage verwaltungsseitig ausgeführt, dass der Vertrag jährlich auf der Grundlage der Rahmenbedingungen vom Kultusministerium fortgeschrieben werde. Sollte der Vertrag zu einem späteren Zeitpunkt nicht verlängert werden, stünden für die Ökoschule keine Lehrer zur Verfügung. Dafür gebe es jedoch bisher keine Hinweise.

### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

1. Das Schulumweltzentrum Franzigmark wird inklusive Öko-Schule ~~und Übernachtungsmöglichkeiten~~ am jetzigen Standort erhalten und zu einem Umweltbildungszentrum für alle Hallenserinnen und Hallenser weiterentwickelt. **Nach Möglichkeit sollen auch weiterhin Übernachtungsmöglichkeiten (ggf. für Selbstversorger) angeboten werden.**
2. Die Stadt Halle wird sich beim Land dafür einsetzen, dass dessen Unterstützung der Öko-Schule (z.B. durch Abordnung von Lehrkräften) langfristig erhalten bleibt.
3. Die Stadt Halle verhandelt mit dem Saalekreis über eine gemeinsame Nutzung der Ökoschule am Standort Franzigmark.
4. Das Umweltzentrum Franzigmark wird bis spätestens zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 in freie Trägerschaft übergeben. Hierfür ist eine Ausschreibung (Interessentenwettbewerb) durchzuführen. Der Ausschreibungstext ist dem Stadtrat rechtzeitig vor Ausschreibungsbeginn zur Kenntnis zu geben. Über die Vergabe entscheidet der Stadtrat.
5. Die Stadt Halle wird sich mit folgenden Maßnahmen und Beträgen langfristig am Betrieb dieses Umweltbildungszentrum beteiligen:
  - a. Der ausgewählte freie Träger erhält das Gelände mit dem Haustier- und Gartenbereich sowie die Gebäude kostenlos bzw. für einen geringen symbolischen Betrag zur langfristigen Pacht. In den zu schließenden Vertrag ist eine Heimfallregelung zugunsten der Stadt aufzunehmen. **Die bisher eingesetzten städtischen Personalmittel werden dem freien Träger nicht zur Verfügung gestellt (siehe Anlage 1 der Vorlage).**
  - b. Zur Sicherung des Unterhalts des Umweltbildungszentrums jenseits der **sowieso zu tragenden** Kosten der Öko-Schule zahlt die Stadt Halle dem Träger einen Zuschuss zu den Unterhalts- und Betriebskosten in Höhe der (in diesem Jahr bereits reduzierten) Mittel, die im Haushaltsplan 2009 festgeschrieben sind (**57.420 EUR – siehe Anlage 1 der Vorlage**). Ab dem Jahr 2012 wird dieser Betrag jährlich um höchstens 5 % der Zuschusssumme des Jahres 2009 verringert.

**zu 7.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Ausschreibung zum Verkauf der zwei Hochhäuser auf dem Riebeckplatz  
Vorlage: V/2009/08487**

---

Herr Wolter führte aus, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht nötig gewesen sei. Es werde kein Verkaufsvorgang, sondern ein Ausschreibungsverfahren beantragt. Frau Oberbürgermeisterin Szabados habe in Ihrem Gutachten (Luther) bezüglich des Aufsichtsratsvorsitzes darauf hingewiesen, dass ein Eingriff möglich sei. Beim IBA-Stammtisch erfolgte die Zusage, dass der Stadtrat in die Entscheidung bezüglich der beiden Hochhäuser einbezogen werde. Er habe Informationen über potenzielle Interessenten, bittet um die Ausschreibung zum Verkauf und um Informationen.

**Abstimmungsergebnis:**

3 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt – als Gesellschaftervertreterin in der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) – die Geschäftsführung der HWG anzuweisen, ein Ausschreibungsverfahren zum Verkauf der Hochhäuser auf dem Riebeckplatz durchzuführen.
2. Im Ausschreibungsverfahren ist der Erhalt der beiden Hochhäuser zu sichern.

**zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

**zu 9 Mitteilungen**

---

**Konjunkturpaket II**

Zu Beginn der Sitzung wurde die Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II ausgegeben.

Herr Kogge erläuterte auf Anfrage, dass für die Grundschule Kröllwitz mittel- und langfristig Demografiesicherheit bestehe und diese zweizügig weitergeführt werde. Eine Dreizügigkeit könne aufgrund der gegebenen Räumlichkeiten und aus stadtplanerischen Gesichtspunkten nicht umgesetzt werden.

## **zu 10 mündliche Anfragen**

---

### Winterdienst

Herr Misch bittet um eine Aufstellung über die Mehrkosten aufgrund des strengen, schneereichen Winters, wenn dieser vorbei ist.

### Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder

Herr Wolter führte aus, dass er bei Recherchen über die Anzahl von Aufsichtsratsmitgliedern überrascht gewesen sei, wie klein die Aufsichtsräte in anderen Städten seien. Als Beispiel führte er die Stadtwerke in Magdeburg an. Er bat die Erarbeitung eines Vergleiches mit anderen Städten.

## **zu 11 Anregungen**

---

### Schülerbeförderung

Herr Weirich regte die Verwaltung an, nach Möglichkeit im Stadtrat zu berichten und zu begründen, warum Eltern bezüglich der Schülerbeförderung doppelt belastet werden.

### Kita-Gebührensatzung

Herr Bönisch und Herr Misch regten die Verwaltung an, darüber nachzudenken, für die einzelnen Kategorien der Kita-Gebührensatzung einheitliche Kostendeckungssätze festzulegen.

Unterschiedliche Kostendeckungsgrade seien gesetzwidrig und bereits 1999 in Bezug auf Grabnutzungsrechte durch die Kommunalaufsicht und das Verwaltungsgericht kritisiert worden. Unterschiede seien nur bei verschiedenen sozialen Gruppen möglich.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender  
des Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin